

# Die Rückgabe Ostpreußens durch die Russen an Preußen im Jahre 1762

von

Stefan Hartmann

Bevor wir uns der Frage zuwenden, auf welche Weise die Rückgabe Ostpreußens durch die Russen im Jahre 1762 erfolgte, müssen wir kurz die vorhergehende Geschichte Ostpreußens im Siebenjährigen Krieg betrachten. Als das Zarenreich in der Allianz von St. Petersburg vom 2. Februar 1757 in die Reihe der Gegner Friedrichs des Großen eintrat, bestand russischerseits nicht die Absicht, die Provinz Preußen endgültig zu behalten. Man wollte diese vielmehr Polen im Austausch gegen das Herzogtum Kurland überlassen, wobei die Absicht, einen bequemen Handelsweg vom Schwarzen Meer zur Ostsee durch russisches Gebiet zu schaffen, maßgebend war.<sup>1</sup> Ostpreußen spielte daher für die Russen nur die Rolle eines Faustpfandes, dessen sie sich in der internationalen Politik bedienen wollten. Hinzu kam die günstige strategische Lage der dortigen Häfen, die der zarischen Flotte als Stützpunkte für ihre Operationen in der westlichen Ostsee dienen konnten. Insofern war die Besetzung der Provinz ein wichtiges Kriegsziel des Petersburger Hofes, das allerdings erst im zweiten Anlauf — der Vorstoß Apraksins war trotz des Sieges bei Groß-Jägersdorf Ende August 1757 gescheitert<sup>2</sup> — im Januar des folgenden Jahres verwirklicht werden konnte. Auf Befehl des Generals Fermor, der zum Generalgouverneur der Provinz ernannt worden war, mußte die ostpreußische Bevölkerung der Zarin Elisabeth huldigen, was vielerorts den Glauben erweckte, das besetzte Land solle zum Bestandteil des russischen Staates gemacht werden. Tatsächlich sollte aber die Eidesleistung die russische Herrschaft nur für den Augenblick sichern und vor allem die Bevölkerung von feindseligen Handlungen gegen die Okkupanten zurückhalten. Dafür spricht auch, daß in der 1758 benutzten Eidesformel die Versicherung, ein „treuer Untertan der Kaiserin sein zu wollen“, fehlte.<sup>3</sup> Die Ersetzung des preußischen Adlers durch den russischen auf Siegeln und Münzen sowie an den Amtsgebäuden diente lediglich dem Zweck, den gegenwärtigen Besitzstand kenntlich zu machen. Auch der von russischer Seite verwendete Ausdruck, die Zarin

1) Der Vertrag vom 22. 1./2. 2. 1757 ist abgedruckt bei F. Martens: *Recueil des Traités et Conventions conclus par la Russie avec les Puissances Etrangères*, Bd. 1: *Traités avec l'Autriche 1648—1762*, St. Petersburg 1874, S. 201 ff. Zu den Absichten der russischen Regierung bezüglich Ostpreußens vgl. G. von Frantzius: *Die Okkupation Ostpreußens durch die Russen im siebenjährigen Kriege*, phil. Diss. Berlin 1916, S. 110 ff.

2) Zur Schlacht bei Groß-Jägersdorf und zum Rückzug Apraksins vgl. D. Masslowski: *Der Siebenjährige Krieg nach Russischer Darstellung*, übersetzt von A. von Drygalski, Bd. 1: *Der Feldzug Apraxin's in Ostpreußen 1756—1757*, Berlin 1888, S. 250 ff.

3) von Frantzius (wie Anm. 1), S. 111.

habe sich Ostpreußen „untertänig“ gemacht, läßt keinen Schluß auf eine von den Russen beabsichtigte dauernde Besitzergreifung zu.<sup>4</sup> Wenn es auch zu zahlreichen Übergriffen der russischen Truppen kam, so wird doch die zarische Herrschaft in Ostpreußen in der Literatur übereinstimmend als verhältnismäßig milde bezeichnet. Fermor und der als sein Stellvertreter im Königsberger Schloß amtierende Gouverneur Nikolaus von Korff<sup>5</sup> änderten an der Verwaltung der Provinz nichts Wesentliches und brachten diese nur in oberflächlicher Weise mit dem russischen Staatsmechanismus in Verbindung. Die preußischen Behörden wie das Etatsministerium und die Kriegs- und Domänenkammern in Königsberg und Gumbinnen wurden zwar russischer Aufsicht unterstellt, konnten jedoch ihre Kompetenzen weiterhin ausüben. Bei der Verwaltung der Provinz mußten die Russen in Ermangelung eigenen Personals — die aus Rußland mitgebrachten Leute erwiesen sich als ungeeignet, wozu auch ihre fehlende Kenntnis der deutschen Sprache beitrug, — auf die im Lande verbliebenen preußischen Beamten zurückgreifen. Als unentbehrlich erwiesen sich vor allem der Hofrat Nicolovius und der Kriegsrat Bruno in Königsberg sowie der Kammerpräsident Domhardt in Gumbinnen.<sup>6</sup> Sie standen zwar im Dienste der Besatzer, wußten damit aber die Treue zu ihrem angestammten Herrscher, König Friedrich II., zu vereinen. Besonders bei Domhardt wurde das sichtbar, der nicht nur den König von allen wichtigen Vorfällen in der Provinz unterrichtete, sondern sich auch erfolgreich für eine möglichst weitgehende Schonung des besetzten Landes verwandte, wozu seine guten Beziehungen zum Gouverneur Korff beitrugen.<sup>7</sup> Vieles hatte Ostpreußen dem Deutschbalten Korff zu verdanken, der in Petersburg nicht nur eine Verringerung der drückenden Kriegskontribution erreichte, sondern auch in der eroberten Provinz die geplante Rekrutenaushebung verhinderte. Als Argument führte er an, Ostpreußen sei sehr dünn bevölkert und würde den leistungsfähigsten Teil seiner Bewohner, der sich der Erfassung durch die Flucht über die unbewachte polnische Grenze zu entziehen suche, verlieren. Nach Ansicht des russischen Historikers D. M a s s l o w s k i fand Korff dabei vor allem in Petersburg Gehör, weil die damaligen Repräsentanten der russischen Regierung, sogar geborene Russen wie der Kanzler Voroncov<sup>8</sup>, nichts so sehr fürchteten, als des „Barbarismus“ bezichtigt zu werden. Die Aussetzung der Rekrutierungsmaßnahme habe ihnen die er-

4) v o n F r a n t z i u s (wie Anm. 1), S. 112.

5) Zu Nikolaus Friedrich von Korff (1710—1766) vgl. Deutschbaltisches Biographisches Lexikon 1710—1960, i. A. der Baltischen Historischen Kommission hrsg. von W. L e n z, Köln, Wien 1970, S. 405 f.

6) v o n F r a n t z i u s (wie Anm. 1), S. 53; E. J o a c h i m : Johann Friedrich von Domhardt. Ein Beitrag zur Geschichte von Ost- und Westpreußen unter Friedrich dem Großen, Berlin 1899, S. 21 f.

7) J o a c h i m (wie Anm. 6), S. 35 ff.

8) Zum Kanzler Michail Illarionovič Voroncov vgl. E. A m b u r g e r : Geschichte der Behördenorganisation Rußlands von Peter dem Großen bis 1917, Leiden 1966, S. 64 f.

wünschte Gelegenheit geliefert zu beweisen, „daß sie zu den civilisierten Ministern Europas gehörten“.<sup>9</sup>

Wenn auch die Kriegskontributionen, Einquartierungen und Exzesse der Russen die Bevölkerung Ostpreußens belasteten, so arrangierte sich diese doch rasch mit der Besatzungsmacht. Zur Entspannung der Lage trug bei, daß die Russen die wichtigsten Einrichtungen in der Provinz unangetastet ließen. In der Amtszeit Korffs kam es zu einer Belebung des gesellschaftlichen Lebens in Königsberg, das von einer zunehmenden Lockerung der Standesunterschiede zwischen dem Adel und Bürgertum gekennzeichnet war.<sup>10</sup> Der Handel und Wandel florierten, und die Königsberger Kaufleute verdienten nicht schlecht an den russischen Heereslieferungen. Obwohl der 1761 zum Nachfolger Korffs berufene Gouverneur Suvorov<sup>11</sup>, der Vater des durch seine Alpenüberquerung im Jahre 1799 berühmt gewordenen russischen Generals, einen etwas schärferen Kurs einschlug, kam es auch unter ihm zu keiner erheblichen Veränderung in der Provinzverwaltung, weil er den Belangen Ostpreußens zu fremd gegenüberstand.<sup>12</sup>

Mit Recht wird in der Forschung der Tod der Zarin Elisabeth und die Thronbesteigung ihres Neffen Peter III. am 5. Januar 1762 als das entscheidende Ereignis des Siebenjährigen Krieges bezeichnet. Die Politik des neuen russischen Kaisers wurde von zwei wesentlichen Gesichtspunkten bestimmt. Der eine war seine seit langem vorhandene Bewunderung Friedrichs des Großen und des preußischen Heerwesens; der andere Faktor war die zähe Entschlossenheit des Zaren, seine dynastischen Wünsche in Schleswig-Holstein durchzusetzen und von Dänemark mit Waffengewalt seine Gottorfer Stammlande wiederzuerlangen.<sup>13</sup> Weil er mit Hilfe Preußens diese Absicht verwirklichen wollte — Österreich und Frankreich kamen dafür nicht in Betracht, weil sie in der Vergangenheit einen dänefreundlichen Kurs verfolgt hatten, — entschloß er sich zu freundlichen Beziehungen zu Berlin, die sich auch auf die von Rußland besetzte Provinz Ostpreußen auswirkten. Die erste Nachricht von den Ereignissen in Petersburg erhielt Friedrich der Große über den preußischen Residenten Benoît in Warschau. Bereits wenige Tage später schrieb er an den König von Großbritannien, er glaube, daß das Jahr 1762 für Preußen glücklicher sein werde als die vorhergehenden.<sup>14</sup> In seiner verzweifelten Lage war ihm jedes Mittel

9) M a s s l o w s k i (wie Anm. 2), Bd. 3; Die Feldzüge des Grafen P. S. Ssaltykow und A. B. Buturlin's, Berlin 1893, S. 161.

10) Vgl. v o n F r a n t z i u s (wie Anm. 1), S. 90 ff.; F. G a u s e: Die Geschichte der Stadt Königsberg, Bd. 2, Köln, Graz 1968, S. 157.

11) Zu Vasilij I. Suvorov — er war vom 5. 12. 1760—23. 6. 1761 Gouverneur in Königsberg — vgl. A m b u r g e r (wie Anm. 8), S. 381.

12) M a s s l o w s k i (wie Anm. 2), Bd. 2: Der Feldzug des Grafen Fermor in den östlichen Gebieten von Preußen (1757—1759), Berlin 1891, S. 49.

13) Zur Politik Peters III. vgl. J. D a s s o w: Friedrich II. von Preußen und Peter III. von Rußland, phil. Diss. Berlin 1908, S. 15 ff.; R. N i s b e t B a i n: Peter III., Emperor of Russia, Westminster 1902, S. 53 ff.; St. H a r t m a n n: Die Beziehungen Preußens zu Dänemark 1688—1789 (Neue Forschungen zur Brandenburg-Preußischen Geschichte, Bd. 3), Köln, Wien 1983, S. 247 ff.

14) Politische Correspondenz Friedrich's des Großen (weiterhin zit.: P. C.), Bd. 21, Berlin 1894, Nr. 13417, Schreiben vom 22. 1. 1762.

recht, um Zar Peter III. zum Kurswechsel zugunsten Preußens zu veranlassen, wofür sein Befehl an den Gouverneur von Stettin<sup>15</sup>, umgehend alle russischen Kriegsgefangenen ohne Gegenauswechslung an den Fürsten Volkonskij<sup>16</sup> zu überstellen, ein Beispiel ist.<sup>17</sup> Peter entsandte seinerseits seinen Generaladjutanten Gudovič mit Freundschaftsversicherungen an den König nach Breslau und befahl dem General Černyšev, sich von den Österreichern zu trennen und durch Polen nach Rußland zurückzumarschieren. Um die Verhandlungen mit Rußland auf eine solidere Grundlage zu stellen, beschloß Friedrich, den Legationsrat von der Goltz<sup>18</sup> — er wurde eigens für diese Mission zum Obersten befördert — als Gesandten nach Petersburg zu schicken. Seine Instruktion verdeutlicht, wie weit der Preußenkönig auf etwaige russische Wünsche einzugehen bereit war. Falls der Zar beabsichtigte, Ostpreußen nach dem Friedensschluß mit Preußen zu behalten, sollte dem Goltz unter der Bedingung zustimmen, daß dann der König von anderer Seite entschädigt werden müsse. Goltz wurde außerdem beauftragt, dem Zaren gegen eine Garantie Schlesiens eine solche für Holstein zuzusichern.<sup>19</sup> Hier wird sichtbar, daß Friedrich sogar gegebenenfalls einen Verzicht auf Ostpreußen in Erwägung zog. Ob er im stillen damit rechnete, daß Rußland keine der dann geforderten Gebietskompensationen anbieten konnte, wäre zu prüfen. Wie weit der Zorn des Königs über die Provinz dafür maßgebend war, muß dahingestellt bleiben.<sup>20</sup> Otto v a n B a r e n hat dargelegt, daß Friedrich seit dem Siebenjährigen Krieg eine Abneigung gegen Ostpreußen gefaßt hatte. Diese sei durch das von „eifertigem Servilismus“ bestimmte Verhalten der dortigen Bevölkerung gegenüber der russischen Besatzungsmacht und die Unzuverlässigkeit der ostpreußischen Regimenter in den Schlachten von Groß-Jägersdorf und Zorndorf weiter vertieft worden.<sup>21</sup> Darüber hinaus habe er der ostpreußischen Jugend den Vorwurf gemacht, daß sie sich dem preußischen Militärdienst entzogen habe.

15) Ebenda, Nr. 13443, Schreiben vom 31. 1. 1762.

16) Zu Michail Nikitič Volkonskij vgl. N. M. K o r o b k o v : Semiletnjaja Vojna. Materialy o dejstvijač ruskoj armii i flota v 1756—1762 godach [Der Siebenjährige Krieg. Materialien über die Tätigkeiten der russischen Armee und Flotte in den Jahren 1756—1762], Moskau 1948, S. 807—810.

17) Nach D a s s o w (wie Anm. 13), S. 27, wurde am 16. 3. 1762 zwischen dem Herzog von Braunschweig-Bevern und dem Fürsten Volkonskij ein Waffenstillstand abgeschlossen. Während desselben sollte in Pommern und der Neumark die Oder die Grenze bilden, die von keinem der vertragschließenden Teile überschritten werden durfte.

18) Dabei handelt es sich um den Freiherrn Bernhard Wilhelm von der Goltz. Zur Tätigkeit von Goltz in Petersburg vgl. S. M. S o l o v ' e v : Istorija Rossii s drevnejšich vremen [Geschichte Rußlands seit den ältesten Zeiten], Bd. 25, St. Petersburg 1874/75, S. 1269 ff.; N i s b e t - B a i n (wie Anm. 13), S. 55; H a r t m a n n (wie Anm. 13), S. 249 ff.

19) P. C., Bd. 21, Nr. 13466, Instruction pour le Baron de Goltz vom 7. 2. 1762. Hier sind vor allem die Punkte 1 bis 3 wichtig.

20) Vgl. O. v a n B a r e n : Der Zorn Friedrichs des Großen über Ostpreußen, in: Altpreußische Monatsschrift, Neue Folge, Bd. 22 (1885), S. 185—217.

21) Ebenda, S. 198 ff.

In Wirklichkeit hatte sich eine Reihe junger Edelleute, zu denen der spätere General L'Estocq und David Neumann, der Verteidiger von Kosel, gehörten, der russischen Eidesleistung durch die Flucht entzogen und war in preußische Kriegsdienste getreten.<sup>22</sup> Van Baren ist zuzustimmen, daß in Friedrich dem Großen der Regent und der Mensch zu unterscheiden ist. Als Mensch war er Leidenschaften und Stimmungen unterworfen. Daher erbitterten ihn sicherlich der weitgehend reibungslose Übergang Ostpreußens unter die russische Herrschaft und die Bereitwilligkeit breiter Schichten der dortigen Bevölkerung, sich mit den Okkupanten zu arrangieren, wofür in seinen Augen die Ablegung des Huldigungseides für die russische Zarin ein Beispiel war. Als Regent stellte Friedrich jedoch eindeutig die Interessen seines Staates in den Vordergrund, hinter denen persönliche Empfindungen zurücktreten mußten. Es ist daher unwahrscheinlich, daß sich der König in seiner Instruktion an Goltz von Gefühlen leiten ließ. Eher dürfte für ihn der Gesichtspunkt maßgebend gewesen sein, dem Zaren, den er als Bündnispartner im Existenzkampf Preußens dringend benötigte, in jeder Hinsicht entgegenzukommen, selbst wenn er dabei auf Ostpreußen verzichten mußte. Sicherlich hatte damals für ihn der Besitz Schlesiens, um den er drei verlustreiche Kriege führen mußte, einen höheren Stellenwert als der Ostpreußens. Das verdeutlicht der bereits erwähnte Passus in der Instruktion an Goltz, vom Zaren eine Garantie für diese Provinz zu erlangen. Der Verlust Ostpreußens war leichter zu verschmerzen, wenn dadurch eine Arrondierung des preußischen Territoriums an anderer Stelle — vielleicht auf Kosten Sachsens — erreicht werden konnte. Das änderte jedoch nichts daran, daß Friedrich nach dem Siebenjährigen Krieg der Provinz Preußen seine Fürsorge zuwandte. So äußerte er nach dem Hubertusburger Frieden, „er habe nicht gewollt, daß die Provinz Preußen den übrigen nachstehen solle“.<sup>23</sup>

Daß Goltz über Posen, Marienwerder und Königsberg nach Petersburg reiste, geht aus einem Reskript des Königs an den Hauptmann Friedrich Wilhelm von Steuben (1730—1794)<sup>24</sup> hervor. Steuben war im Oktober 1761 von den Russen in Pommern gefangengenommen worden und hielt sich Anfang 1762 in Königsberg auf, wo er als Verbindungsmann Friedrichs des Großen fungierte. Später trat er in amerikanische Dienste und machte sich als Organisator der Armee Washingtons einen Namen. Am Zarenhof entwickelte Goltz bemerkenswertes diplomatisches Geschick, die holsteinischen Interessen Peters den preußischen Zielen nutzbar zu machen. Gemeinsam mit dem britischen Gesandten Keith<sup>25</sup> und gestützt auf die hol-

22) von Frantzius (wie Anm. 1), S. 104.

23) van Baren (wie Anm. 20), S. 208.

24) P. C., Bd. 21, Nr. 13471, Reskript an Steuben vom 8. 2. 1762. Vgl. auch K. Schwaab: Preußische Tradition in der amerikanischen Republik. Friedrich Wilhelm von Steuben 1730—1794, in: Vorträge und Studien zur preußisch-deutschen Geschichte (Neue Forschungen zur Brandenburg-Preußischen Geschichte, Bd. 2), Köln, Wien 1983, S. 71—85.

25) Zum britischen Gesandten Robert Murray Keith in Petersburg vgl. Nisbet Bain (wie Anm. 13), S. 55 ff.

steinische Hofpartei gelang es ihm, den Einfluß des österreichischen Botschafters in Petersburg, Mercy<sup>26</sup>, auszuschalten und den Zaren zum schnellen Friedensschluß mit Preußen zu bewegen.<sup>27</sup> Das Verhalten Peters übertraf alle preußischen Erwartungen und veranlaßte den kursächsischen Residenten Prasse in Petersburg zu der Bemerkung, hier sei der preußische König der Kaiser.<sup>28</sup> Am 5. Mai 1762 wurde der Friede zwischen Preußen und Rußland geschlossen. Er stellte die völlige Freundschaft zwischen den beiden Mächten her und übereignete Friedrich dem Großen alle russischen Eroberungen in Preußen nach Ablauf von zwei Monaten.<sup>29</sup> An den Feldmarschall Saltykov<sup>30</sup> erging der Befehl, umgehend mit der Räumung des von den Russen besetzten preußischen Gebiets zu beginnen. Die in Preußen verbleibenden russischen Truppen sollten „sich der Quartiere ebenso bedienen, wie es die preußischen . . . vor dem Anfange des Krieges taten“, und sich dabei so verhalten, daß es den Ländern des Königs nicht zur Last gereichte.<sup>31</sup>

Wenige Wochen später, Anfang Juni, wurden die Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg durch den Abschluß eines Bündnisses noch enger. Das Abkommen konnte allerdings von Peter III. wegen dessen Absetzung und Ermordung im Juli 1762 nicht mehr ratifiziert werden.

Wenden wir uns nun der Lage in Ostpreußen in der ersten Hälfte des Jahres 1762 zu. Der Regierungsantritt Peters III. beließ hier zunächst alles beim alten. Lediglich der Gouverneur Suvorov wurde am 19. Januar durch den Generalleutnant Panin ersetzt.<sup>32</sup> Die Einwohnerschaft huldigte dem neuen Kaiser wie schon 1758 seiner Tante Elisabeth, und auch die kranken „Cron-Bedienten“ blieben von der Eidesleistung nicht ausgenommen. Ihnen wurde lediglich gestattet, den Eid in ihren Häusern abzulegen.<sup>33</sup> Die Thronbesteigung Peters, von der man sich in Ostpreußen manches erhoffte, bot den Anlaß für die Absendung einer Deputation nach St. Petersburg, die eine Erleichterung der auf der Provinz ruhenden Kriegslasten, vor allem der Kontributionen und Rekrutengelder, bewirken sollte. Die Kosten der Deputation — ihr gehörten vom Adel der Reichsgraf Truchseß

26) Zum österreichischen Gesandten Graf Florimund Mercy d'Argenteau vgl. D a s s o w (wie Anm. 13), S. 23 ff.; S o l o v ' e v (wie Anm. 18), S. 1281 ff.; B. v o n B i l b a s s o f f : Geschichte Katharinas II., Bd. 1, Berlin 1891, S. 533.

27) S o l o v ' e v (wie Anm. 18), S. 1269 ff.; N i s b e t B a i n (wie Anm. 13), S. 64 ff.

28) N i s b e t B a i n (wie Anm. 13), S. 68.

29) Der Vertrag ist abgedruckt bei G. F. v o n M a r t e n s : Recueil de Traités des Puissances et Etats de l'Europe depuis 1761 jusqu'à présent, Bd. 1, Göttingen 1817, S. 30—37. Wichtig ist hier der erste Separatartikel. Zum Vertrag vom 24. 4./5. 1762 vgl. D a s s o w (wie Anm. 13), S. 44 f.

30) Zum Generalfeldmarschall Petr Semenovič Saltykov (1696—1772) vgl. K o r o b k o v (wie Anm. 16), S. 807 f.; A m b u r g e r (wie Anm. 8), S. 385.

31) M a s s l o w s k i (wie Anm. 12), Bd. 3, S. 461.

32) Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (weiterhin zit.: GStAPK), XX. HA Ostpreußischer Foliant Nr. 14739, Ernennung Panins zum Gouverneur in Königsberg vom 19. 1. 1762. Zu Petr Iv. Panin (1721—1789) vgl. A m b u r g e r (wie Anm. 8), S. 381.

33) Ostpr. Fol. 14739, Reskript vom 21. 1. 1762.

zu Waldburg, der Legationsrat von Korff und der Landrat von der Groeben und aus den Reihen der Bürgerschaft die Kommerzienräte Kelch und Sarturgus an — mußten zu zwei Dritteln von den Kriegs- und Domänenkammern und zu einem Drittel vom ostpreußischen Adel getragen werden. Die Höhe des von dem einzelnen Adelsgut zu leistenden Beitrags hing vom Wert der Besetzung ab, der von den zuständigen Justizkollegien und Erbämtern ermittelt wurde. Die in den Akten überlieferten Repartitionstabellen veranschaulichen die Verteilung und die Wertverhältnisse des Adelsbesitzes in Ostpreußen bei gleichzeitiger Nennung der Namen der Besitzer und stellen damit eine bislang nicht ausgewertete wichtige Quelle zur ostpreußischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. Jahrhunderts dar. Der Gesamtwert des ostpreußischen Adelsbesitzes wurde im Jahre 1762 auf rund 8235 000 Rtlr. beziffert. Davon waren 13724 Taler an Deputationskosten zu zahlen. Die meisten Adelsgüter befanden sich in den Bezirken des Brandenburgischen, Neuhausenschen, Angerburgischen und Saalfeldschen Justizkollegiums. Das Schlußlicht bildete das Neuhofsche Erbamt.<sup>34</sup> Im einzelnen sah das so aus, daß jeder adlige Gutsbesitzer ein Sechstel Prozent vom Wert seines Anwesens zur Finanzierung der Deputation beisteuern mußte. So mußte beispielsweise der Herr von der Trenck für seine auf 13 183 Taler veranschlagten Güter Groß Scharlack und Schakauglack ca. 22 Taler entrichten. Trotz der niedrigen Quote hatten — wie aus einer in den Akten überlieferten Aufstellung hervorgeht — noch 1764 zahlreiche Vertreter des Adels ihren schuldigen Obolus nicht bezahlt. Dabei handelte es sich u. a. um den Hofgerichtsrat zu Eulenburg, den Rittmeister Georg Dietrich von der Groeben und den Kapitän von Reibnitz, die mit allen nur möglichen Argumenten ihre Zahlungsverpflichtungen zu umgehen suchten.<sup>35</sup> Erst nach vielen Bemühungen gelang es der Regierung, von den Restanten die ausstehenden Beträge zu den Deputationskosten einzutreiben.

Die Eintragungen im Journal der Königsberger Regierung verdeutlichen, daß sich die Verwaltung der Provinz auch nach Einleitung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Preußen und Rußland im Verhältnis zu den Vorjahren kaum geändert hatte. Die Serviceleistungen an die im Lande stehenden russischen Truppen liefen ungehindert weiter, und die Verschiffung ostpreußischer Güter, wie z. B. Bernstein, nach Rußland nahm ihren Fortgang.<sup>36</sup> Die Akten belegen in anschaulicher Weise, daß es trotz der Friedensverhandlungen zwischen Berlin und Petersburg wiederholt zu Ausschreitungen der Russen kam, die nicht den Eindruck erweckten, als ob der Friede vor der Tür stünde. So beschwerte sich Anfang Mai 1762 der Magistrat von Angerburg über die Exzesse eines durchmarschie-

34) Vgl. XX. HA Etatsministerium Königsberg (weiterhin zit.: EM), Abt. 97 „Moskau“ a, Nr. 10; zu den aus Ostpreußen an den Zarenhof entsandten Deputationen vgl. G a u s e (wie Anm. 10), S. 161 f.

35) EM 97a, Nr. 10, „Nachweisung derer Restanten, welche den Beytrag zu den Deputations-Kosten . . . schuldig geblieben“.

36) XX. HA Ostrp. Fol. 14546, Relationes 1762.

renden Kosakenkorps, das nicht nur die Herden fortgetrieben, sondern auch den Hirten mit Piken übel traktiert habe.<sup>37</sup> Wenige Tage zuvor war es in der Nähe der Königsberger Grünen Brücke zu Übergriffen russischer Soldaten gekommen, die mit Seitengewehren und Faustschlägen verschiedene Bürger mißhandelt hatten.<sup>38</sup> Häufig trugen Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Russen und preußischen Bauern zur Entstehung von Konflikten bei, was sich am Beispiel des Dorfes Momehnen zeigte.<sup>39</sup> Als Belastung erwies sich auch die weiterhin bestehende Einquartierung, die allerdings wegen des häufigen Wechsels der in Ostpreußen stationierten russischen Regimenter großen Veränderungen unterworfen war. Ostpreußen hatte damals für die Russen im wesentlichen die Funktion einer Etappe. Viele Abteilungen hielten sich auf dem Wege zu der damals in Pommern stehenden russischen Hauptarmee nur kurzfristig in der Provinz auf. Über die Unterbringung zarischer Truppen in Königsberg sind wir anhand von Quartierrollen unterrichtet. Während der russischen Besetzung logierten in der Stadt zwischen 3000 und 10000 Mann.<sup>40</sup> Eine gewisse Entlastung für die Bürger war, daß sie im allgemeinen nur die Offiziere in ihren Häusern beherbergen und beköstigen mußten. Die Gemeinen waren dagegen zumeist in Kasernen untergebracht, die sich auf dem Nassen Garten, am Kreuz- und Friedländischen Tor, hinter dem Haberkrug, auf dem Steindamm und Sackheim befanden. Insgesamt gab es damals in Königsberg elf Kasernen, was für die damaligen Verhältnisse, als der Bau von Kasernen noch nicht die Regel war, eine Besonderheit darstellte.<sup>41</sup>

Schon einige Wochen vor dem Friedensschluß mit Rußland begann Friedrich der Große, die Provinz Preußen in seine militärischen Planungen einzubeziehen. In einem Reskript an den Herzog von Braunschweig-Bevern hieß es, er wolle alle in Schlesien befindlichen kriegsgefangenen österreichischen Offiziere zunächst nach Stettin schicken, von wo sie, sobald Ostpreußen „wieder in unseren Händen sein“ würde, nach Pillau und Memel überführt werden sollten.<sup>42</sup> Unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedenstraktats wies er den Generalleutnant von Tauentzien an, Offiziere nach Ostpreußen zu senden, um „aus denen dortigen Cantons Rekruten einzuziehen“. Sie sollten sich bei ihrer Tätigkeit gegen die russischen Offiziere und Bedienten „sehr vernünftig und höflich betragen“ und ihnen „durchaus nicht grob begegnen“.<sup>43</sup> Hier wird sichtbar, wie sehr dem König

37) EM 97g, Nr. 49 „Wegen der von den Russischen Cosaquen bey ihrem Durchmarche in der Stadt und Amte Angerburg verübten Excesse“.

38) EM 97g, Nr. 51, Beschwerde des Königsberger Magistrats über die von den Russen in der Nähe der Grünen Brücke begangenen Ausschweifungen vom 17. 4. 1762.

39) EM 97g, Nr. 60, Beschwerde des Grafen von Schlieben wegen der Schlägerei zwischen den Einwohnern seines Dorfes Momehnen und einem russischen Militärkommando.

40) EM 75, „Königsberg, Militaria“ b, Nr. 22, „Einrichtung des Königsbergschen Service- und Einquartierungswesens 1759—1762“.

41) Vgl. EM 75b, Nr. 23. Darin findet sich eine Aufstellung über die Königsberger Kasernen.

42) P. C., Bd. 21, Nr. 13566, Schreiben vom 30. 3. 1762.

43) Ebenda, Nr. 13702, Reskript vom 20. 5. 1762.

damals an einem guten Verhältnis zu den Russen gelegen war. In den Akten findet sich kein Hinweis, ob die Abordnung der preußischen Offiziere tatsächlich erfolgte. Sie wäre auch kaum sinnvoll gewesen, weil sich zu diesem Zeitpunkt Ostpreußen noch fest in russischer Hand befand. Dagegen wurde das Vorhaben, gefangene Österreicher nach Ostpreußen zu überführen, verwirklicht. Während die gemeinen Soldaten auf den Festungen Memel und Pillau interniert wurden, durften sich die Offiziere in den Städten frei bewegen. Unter ihnen waren — wie Fritz G a u s e ausführte — ein Prinz Johann Liechtenstein und ein Fürst August Lobkowitz, die etwas von ihrer Lebensart in den preußischen Osten brachten.<sup>44</sup>

Nach dem Friedensschluß mit Rußland mußte Friedrich indes feststellen, daß sich die ostpreußischen Angelegenheiten nicht so entwickelten, wie er es gerne gesehen hätte. Verärgert schrieb er am 30. Mai 1762 an den Freiherrn von der Goltz, es scheine, daß das russische Gouvernement in Königsberg den zwischen ihm und dem Zaren geschlossenen Frieden ignoriere und nicht das Auslaufen von Getreideschiffen nach Stettin, wodurch die Versorgung der preußischen Magazine in Frage gestellt sei, gestatten wolle. Die Schuld daran hätten einige ihm übelgesinnte Leute im dortigen Gouvernement. Selbst in Riga gebe es nicht die geringsten Schwierigkeiten bei der Ausfahrt der nach Stettin adressierten Schiffe. Goltz sollte mit der erforderlichen Behutsamkeit die Sache dem Zaren vortragen, damit diese aus der Welt geschafft werden könne.<sup>45</sup> Trotz der Bemühungen des Gesandten blieb jedoch die Lage in Ostpreußen weiterhin im argen. Vom Feldjäger Eyff erfuhr der König, daß die Russen in Pommern und Ostpreußen junge Leute aufgegriffen hätten, um sie ins Innere des Zarenreichs zu verschleppen. In seinem Reskript an Goltz hieß es, er sei überzeugt, daß diese Maßnahme gegen die „Intention Seiner Kaiserlichen Majestät“ verstoße. Man müsse „diese unschuldige Jugend“ zurückfordern und derartige Übergriffe in der Zukunft abstellen.<sup>46</sup> Hier wird sichtbar, daß nach dem Friedensschluß mit Preußen auf russischer Seite den vertraglichen Abmachungen nicht immer entsprochen wurde. Im Gegensatz zu dem allgegenwärtigen preußischen König war der Zar weit weg in Petersburg. Überdies opponierten dort insgeheim einflußreiche Hofkreise gegen die „Preußenschwärmerei“ Peters III., der die mit Blut erkauften russischen Eroberungen in Preußen ohne die geringste Entschädigung zum Opfer gefallen seien.<sup>47</sup>

Am 5. Juli 1762 nahm Friedrich der Große Ostpreußen wieder offiziell in Besitz. In einer Proklamation wurde die Bevölkerung von ihrem dem Zaren geleisteten Eide entbunden und zum Gehorsam und zur Treue gegen

44) G a u s e (wie Anm. 10), S. 167.

45) P. C., Bd. 21, Nr. 13738, Reskript vom 30. 5. 1762.

46) Ebenda, Nr. 13775, 11. 6. 1762.

47) Zur Opposition der russischen Hofkreise gegen die Politik Peters III. vgl. S o l o v ' e v (wie Anm. 18), S. 1343 ff.; N i s b e t B a i n (wie Anm. 13), S. 123 ff.; A. B r ü c k n e r : Katharina die Zweite, Berlin 1883, S. 81 ff.; K. S t ä h l i n : Geschichte Rußlands von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bd. 2, Graz 1974 (Unveränderter Abdruck der 1930 ersch. Ausgabe im Osteuropa-Verlag Berlin), S. 412 ff.

den angestammten Landesherrn ermahnt. Umgehend wurden die ersten Schritte zur Wiederherstellung der preußischen Verwaltung in der Provinz eingeleitet. Im Journal der Regierung findet sich darüber folgender Vermerk: „Den 9. Julii 1762 des Abends um halb neun Uhr haben die sämtliche Königlich Preußische Herrn Würcklich Geheimte Etats- und Krieges-Ministri der hiesigen Regierung zur Freude des gantzen Königreichs wieder ihren Einzug in Koenigsberg gehalten, worauf den folgenden Tag die Königlich Preußische Expeditiones wieder ihren Anfang genommen haben, welchen Gott segnen wolle.“<sup>48</sup>

Damals konnte man noch nicht wissen, daß am selben Tage die Absetzung Peters III. im fernen Petersburg erfolgt war und seine Gemahlin Katharina, eine geborene Prinzessin von Anhalt-Zerbst, den Thron bestiegen hatte. Geschickt hatte diese die weitverbreitete Verbitterung über die Reformen Peters, insbesondere seine für Rußland nachteilige enge Verknüpfung mit preußischen und holsteinischen Interessen, zur Vorbereitung und Durchführung eines Staatsstreichs benutzt, der das Regiment in ihre Hand legte.<sup>49</sup> Bereits zu Beginn ihrer Regierung erwies sich Katharina als eine gewandte Taktikerin. In ihrem ersten Manifest ließ sie keinen Zweifel daran, daß in der auswärtigen Politik Rußlands eine scharfe Wendung bevorstand. Friedrich II., der gestern noch der „beste Freund Rußlands“ gewesen war, wurde darin als sein „Todfeind“ bezeichnet.<sup>50</sup> In Wirklichkeit verfolgte die neue Zarin eine von rationalen Zielen bestimmte Politik, die auch in der Rückberufung des früheren Kanzlers Bestužev<sup>51</sup> sichtbar wurde. Dazu gehörte die Beibehaltung des Friedens mit Preußen als Voraussetzung für die Herstellung des Gleichgewichts in Europa. Allzu voreilig hatte der österreichische Gesandte Graf Mercy in einem Brief an Kaunitz<sup>52</sup> den „Staatsstreich“ Katharinas als vorteilhaft für die Sache Wiens bezeichnet. Um so enttäuschter war er, als er erfuhr, daß die Zarin keinen Systemwechsel, keine Rückkehr zur alten Allianz mit Österreich gegen Preußen beabsichtigte. Friedrich der Große betrachtete zunächst die Regierungsveränderung in Petersburg mit großer Sorge, befürchtete er doch, Rußland könne dadurch wieder in den Kreis seiner Gegner eintreten. Die von Katharina angeordnete Rückkehr des Generals Černyšev<sup>53</sup> und seines Korps nach Rußland — er hatte durch Verschiebung seines Abmarsches zum preußischen Sieg bei Burkersdorf beigetragen — und die Wiederinbesitznahme Ostpreußens durch die Russen waren nicht dazu angetan, die Bedenken

48) XX. HA Ostpr. Fol. 14546. Der Vermerk ist hier in roter Schrift eingetragen.

49) Vgl. von Bilbassoff (wie Anm. 26), Bd. 2, S. 7 ff.; Brückner (wie Anm. 47), S. 90 ff.; H. von Rimscha: Katharina II. Von der preußischen Generalstochter zur Kaiserin von Rußland (Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 24), Göttingen 1977, S. 35 ff.

50) von Bilbassoff, Bd. 2, S. 126.

51) Zum Grafen Aleksej Petr. Bestužev-Rjumin (1693—1768) vgl. Amburger (wie Anm. 8), S. 127 f., 272 f., 442 ff.

52) Graf Wenzel von Kaunitz-Rietberg (1711—1794), österr. Staatskanzler.

53) Graf Zachar Grig. Černyšev (1722—1784), seit 1760 General en chef.

des Königs zu zerstreuen. Zum dortigen Gouverneur wurde der russische Generalleutnant Fedor Voejkov<sup>54</sup> ernannt, der in einer Proklamation am 16. Juli 1762 alle früheren Abmachungen wegen der Rückgabe Ostpreußens für null und nichtig erklärte und alle „Einsassen“ der Provinz anwies, der Zarin Katharina treu und gehorsam zu sein.<sup>55</sup> Russische Truppen besetzten von neuem die Festung Friedrichsburg und alle Wachen und nahmen die Staatskassen in Beschlag. Die preußischen Adler wurden abermals entfernt, und die Zeitungen erschienen wieder unter dem zarischen Doppeladler. In allen Kirchen mußte das Manifest über die Thronbesteigung der neuen Zarin „öffentlich von den Cantzeln“ publiziert werden, und jeden Sonntag hatte die Fürbitte für die Herrscherin und den Großfürsten Paul Petrovič, den späteren Zaren Paul, zu erfolgen. Das Königsberger Konsistorium versicherte, daß diesen Anweisungen auf das genaueste entsprochen würde. In den Akten des Etatsministeriums liegt eine Erklärung des Tragheimer Pfarrers Johann Jacob Wagner vor, er habe das „vormals vorgeschriebene Kirchengebet gebraucht und darin die Vorbitte vor Ihre jetzt regierende Majestät . . . und den Großfürsten beobachtet“.<sup>56</sup> Auch in der Königsberger römisch-katholischen Kirche wurde diese Vorschrift befolgt, wie ein Schreiben des der Societas Jesu angehörenden Paters Joseph Poschmann verdeutlicht.<sup>57</sup> Die russische Herrschaft in Ostpreußen sollte aber diesmal nicht von langer Dauer sein. Am 23. Juli 1762 erhielt Goltz ein auf Befehl der Zarin ausgestelltes ministerielles Schreiben, in dem sie ihren Entschluß bekräftigte, mit Preußen „gleich wie mit den anderen auswärtigen Mächten im Frieden und in gutem Einvernehmen zu leben“. Der Feldmarschall Saltykov habe bei der abermaligen Inbesitznahme Ostpreußens in Unkenntnis der Direktiven aus Petersburg gehandelt, wodurch der Anschein entstanden sei, „als hätten die friedliebenden Ansichten Ihrer Majestät eine Wandlung erfahren“. Die Zarin wolle den Frieden mit Preußen aufrechterhalten, „solange von Seiner preußischen Majestät keine Veranlassung zu dessen Bruch gegeben werde, insbesondere durch ein gewaltsames Zurückhalten des Tschernishewschen Armeecorps oder einzelner Teile desselben“.<sup>58</sup> Am selben Tage wurde Saltykov angewiesen, mit der Räumung Ostpreußens zu beginnen. In einer weiteren Depesche drückte ihm indes die Kaiserin ihren Dank für seine Maßnahmen in der Provinz aus und befahl ihm, mit dem Abzug der russischen Truppen nicht zu schnell zu verfahren. Man müsse Ostpreußen wenigstens solange als Faustpfand behalten, bis der Rückmarsch Černysëvs tatsächlich erfolgt sei.<sup>59</sup> Hier wird sichtbar, wie sehr die dem Gesandten Goltz mitgeteilte offizielle Version von den wirklichen Gedanken der Zarin abwich. Friedrich der Große erfuhr von diesen Winkelzügen am Petersburger Hofe nichts. Er

54) Fedor Matv. Voejkov (1703–1778), General.

55) EM 97a, Nr. 12, Proklamation Voejkovs vom 16. 7. 1762.

56) Ebenda, 19. 7. 1762.

57) Ebenda, 19. 7. 1762.

58) v o n B i l b a s s o f f (wie Anm. 26), Bd. 2, S. 138 f.

59) Ebenda, S. 139.

schrieb am 30. Juli an seinen Bruder Heinrich, Katharina wolle den Frieden mit Preußen einhalten und habe den Befehl zum Rückzug der russischen Truppen aus Ostpreußen und Pommern gegeben. Er hoffe, daß sie in Kürze die preußischen Grenzen überschritten haben würden.<sup>60</sup> Die Nachrichten des Feldmarschalls Lehwaldt<sup>61</sup> — er war wieder zum preußischen Gouverneur in Königsberg berufen worden — waren jedoch wenig ermutigend. Er bestätigte zwar, daß die Russen den Abzugsbefehl erhalten hätten, jedoch verzögerten sie auf alle nur mögliche Weise den Rückmarsch, indem sie nur kleine Etappen zurücklegten und den Marsch durch viele Ruhetage unterbrachen. Er glaube daher, daß sich die Räumung der Provinz bis Anfang Oktober hinziehen werde.<sup>62</sup> Angesichts dieser alarmierenden Mitteilung wies Friedrich Goltz an, in Petersburg den schleunigen Abmarsch der Russen aus Ostpreußen energisch zu betreiben und notfalls die dafür zuständigen Beamten in der Kanzlei mit Dukaten zu bestechen. Er wolle die daraus entstehenden Unkosten aus seiner Schatulle begleichen. Der König glaubte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr, daß die Russen Ostpreußen behalten wollten. In Petersburg wisse man, daß das die Fortsetzung des Krieges und die Wiederaufnahme der alten Allianzen mit Österreich und Frankreich bedeute, was den Zielen der Zarin widerspreche. Die russischen Finanzen seien in einem beklagenswerten Zustand, und die Zarin strebe gegenwärtig mehr die Festigung ihrer Herrschaft als die Vergrößerung der Macht Rußlands an. Überdies habe Černyšev inzwischen den Rückmarsch nach Rußland angetreten, wodurch die Bedenken der Petersburger Regierung zerstreut sein dürften.<sup>63</sup>

Am 6. August 1762 erließ Voejkov auf Befehl der Zarin ein Manifest, in dem der „zuvor geschlossene“ Friede bestätigt und die Einwohner Ostpreußens von ihrem der Kaiserin geleisteten Treueid entbunden wurden. Die Provinz wurde wieder der Herrschaft des preußischen Königs unterstellt, dem die Bevölkerung zu Gehorsam und Treue verpflichtet war.<sup>64</sup> Drei Tage später erging ein königliches Reskript an die Kanzlei der Königsberger Regierung, „von nun an hinwiederum die vor dem Kriege gebräuchlich gewesenen Curialien bei den Expeditionen zu beobachten und zu denselben das von Uns euch zugeordnete Insiegel zu gebrauchen“.<sup>65</sup> Die zahlreichen Einträge im Journal der preußischen Regierung zu Königsberg verdeutlichen, daß diese bereits unmittelbar nach ihrer Wiedereinsetzung eine rege Tätigkeit entfaltete. Dabei ist aufschlußreich, daß viele Streitfragen aus der Zeit vor dem Siebenjährigen Krieg, deren Entscheidung die vierjährige russische Besetzung Ostpreußens verhindert hatte, jetzt wieder

60) P. C., Bd. 22, Berlin 1895, Nr. 13926, 30. 7. 1762.

61) Zu Hans von Lehwaldt (1685—1768) vgl. *Altpreußische Biographie*, hrsg. i. A. der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung von Ch. K r o l l m a n n, Bd. 1, Königsberg 1941, S. 389.

62) P. C., Bd. 22, Nr. 13929, 30. 7. 1762.

63) Ebenda.

64) Ostpr. Fol. 14739, Manifest vom 6. 8. 1762.

65) Ebenda, 9. 8. 1762.

aufgegriffen wurden, wofür der Konflikt zwischen den Justizkollegien und den Kriegs- und Domänenkammern wegen der Konfiskation eines vom Schwertfeger Fuhrmann umgearbeiteten unterlötigen silbernen Degens ein Beispiel ist.<sup>66</sup> Als Belastung für eine geordnete Verwaltung erwies sich, daß noch immer viele russische Regimenter auf ostpreußischem Boden standen und zahlreiche Exzesse verübten. Für den König kam es nicht nur im Interesse seiner Provinz, sondern auch aus politischen Gründen darauf an, die ungebetenen Gäste möglichst rasch loszuwerden. Erst die Räumung Ostpreußens konnte ihn von der Sorge befreien, die Zarin könne vielleicht ihren Entschluß zum Frieden ändern und die Provinz doch noch behalten wollen. Wie ein roter Faden ziehen sich daher durch seine mit Goltz und dessen Nachfolger Solms<sup>67</sup> geführte Korrespondenz die Anweisungen, alle erforderlichen Schritte zu tun, um einen schnellen Abzug der Russen zu erreichen. Die Sorge des Königs erschien nicht unbegründet, weil man auch nach der formellen Übergabe der Provinz an Preußen in Petersburg keinen endgültigen Beschluß über das Schicksal Ostpreußens gefaßt hatte. So befürwortete Ende August Bestužev, die russischen Truppen dort weiter stehenzulassen, um Rußland ein größeres Gewicht bei einer bevorstehenden Friedensregelung in Europa zu verschaffen. Obwohl sich der Kanzler Voroncov dem Votum Bestuževs anschloß, entschied man sich jedoch zur Bewahrung des Friedens mit Friedrich dem Großen und zur endgültigen Räumung Ostpreußens.<sup>68</sup> Diese ging allerdings trotz der Bemühungen des Preußenkönigs in den folgenden Wochen und Monaten recht schleppend vonstatten. Am 16. Oktober 1762 schrieb Friedrich an den gerade in Moskau weilenden Goltz, allen Abmachungen zuwider befinde sich der Generalleutnant Voejkov noch immer mit vier Regimentern in Königsberg. Außerdem gebe es noch russische Besatzungen in Pillau und Memel, die unter dem Vorwand, sie müßten ihre Vorräte bewachen, dort stünden, ohne sich zu rühren. Goltz sollte den Kanzler Voroncov unter Hinweis auf den seit langem geschlossenen Frieden um den endgültigen Abzug dieser Truppen ersuchen. Dieser erschien dem König um so dringlicher, als es immer wieder zu Exzessen der Russen gegen die Zivilbevölkerung kam, worüber ein Bericht Lehwaltds Aufschluß gibt. Angesichts der schwierigen politischen Lage — der Friede mit Frankreich und Österreich war noch nicht geschlossen — mußte Friedrich alles vermeiden, was die Russen gegen ihn aufgebracht hätte. Er konnte daher nicht mit Entschiedenheit gegen die Ausschweifungen der zarischen Truppen in Ostpreußen vorgehen, sondern befahl Lehwaldt, diese „nicht so ganz à la rigueur zu nehmen, sondern dabei mit Douceur zu procediren“.<sup>69</sup> In einem Reskript Friedrichs aus Meißen vom 15. November hieß es, er habe erfahren, daß eine ihm übelge-

66) Ebenda, 30. 8. 1762.

67) Graf Victor Friedrich Solms wurde im August 1762 zum preußischen Gesandten in Petersburg ernannt. Zu den Gründen, die zu der von der Zarin betriebenen Abberufung seines Vorgängers Goltz führten, vgl. S o l o v ' e v (wie Anm. 18), S. 1399.

68) Vgl. S o l o v ' e v, S. 1402 f.

69) P. C., Bd. 22, Nr. 14170, 16. 10. 1762.

sinnte Partei in Rußland, der der Friede mit Preußen ein Dorn im Auge sei, es gerne sehe, wenn unter dem Vorwand, daß der Verkauf der russischen Magazine in Ostpreußen nicht zustandegekommen sei, ein „Corps Truppen“ weiter dort verbleibe. Auf diese Weise hoffe man, „einen Fuß in Preußen zu behalten, um zu sehen, ob nicht etwa sich Umstände hervorthun möchten, das ganze Friedenswerk zu bouleversiren“.<sup>70</sup> In den Augen des Königs war Domhardt der geeignete Mann, um die mit der Räumungsfrage aufs engste verknüpfte Übernahme der russischen Proviant- und Kriegsvorräte durch die Kriegs- und Domänenkammern zu regeln. Tatkräftig nahm dieser die Sache in die Hand und veranlaßte die Königsberger Handelshäuser Saturgus, Fahrenheit, Weiß und Hoyer zu einer schnellen Abwicklung des Übernahmegeschäfts. Auf diese Weise kamen nicht nur beachtliche Getreide-, sondern auch Holz- und Pulvervorräte in preußische Hand. Finanziert wurden die Ankäufe durch ein Darlehen aus den dem Etatsministerium unterstehenden Kirchen- und Hospitalkassen, der Depositenkasse des Pupillenkollegs, der Hofgerichtsdepositen- und der Generalsportelnkasse.<sup>71</sup> Den Königsberger Kaufleuten gelang es, die Vorräte gewinnbringend zu verkaufen, daß noch ein Überschuß von 42537 Talern erzielt wurde. Unterstützt wurde Domhardt in diesen Transaktionen vom russischen Gesandten in Warschau, Graf Keyserling<sup>72</sup>, einem Freunde Bestuževs, der vor allem im Hinblick auf die Regelung der polnischen Angelegenheit ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Petersburg und Berlin für vordringlich hielt.<sup>73</sup> Keyserling hatte großen Anteil an der Verbesserung der preußisch-russischen Beziehungen, die im April 1764 zum Abschluß einer Defensivallianz zwischen beiden Mächten führte.<sup>74</sup> Als Dank für die Bemühungen Keyserlings befreite der König dessen Güter in Sachsen von allen Kontributionsleistungen sowie von Fourage-, Vieh- und Pferdellieferungen an die preußische Armee.<sup>75</sup> Das Hauptverdienst an der Lösung dieser komplizierten Angelegenheit gebührte jedoch dem Kammerpräsidenten Domhardt. Lehwaldt schrieb über ihn, „seitdem dieser rechtschaffene . . . Mann der Kammer in Königsberg vorstehe, verspüre man nichts mehr von einem Geiste der Schwierigkeiten, denn er sei mit wahrem Eifer und unermüdlicher Thätigkeit lediglich darauf bedacht, überall des Königs Willen auf die wirksamste Art zu erfüllen“.<sup>76</sup> Dank seinem Engagement war den Russen jeder Vorwand, länger in Ostpreußen zu bleiben, genommen. Bei ihrem Abzug, der sich nun auf schnellere Weise vollzog, kam es allerdings gelegentlich zu Zwischenfällen, was eine Note

70) Ebenda, Nr. 14233, 15. 11. 1762.

71) J o a c h i m (wie Anm. 6), S. 51.

72) Graf Hermann Karl von Keyserling (1696—1765), russ. Gesandter in Warschau.

73) S o l o v ' e v (wie Anm. 18), S. 1413 ff.

74) Zur preußisch-russischen Defensivallianz vom 11. 4. 1764 vgl. W. S t r i b r n y : Die Rußlandpolitik Friedrichs des Großen 1764—1786 (Beihefte zum Jahrbuch der Albertus-Universität, 26), Würzburg 1966, S. 10 ff.

75) P. C., Bd. 22, Nr. 14289, 6. 12. 1762.

76) J o a c h i m (wie Anm. 6), S. 52.

Voejkovs, in Königsberg seien zwei russische Soldaten „ermordet“ und ein russischer Unteroffizier von einer Bürgerpatrouille „durch verschiedene Hiebe übel tractirt“ worden, belegt.<sup>77</sup> Friedrich der Große zweifelte an der Richtigkeit dieser Behauptung und ordnete eine eingehende Untersuchung des Vorfalls an. Sie erbrachte, daß nicht preußische Untertanen, sondern die Russen die Schuld an den Exzessen hatten. Auf Befehl des Königs durfte aber der Gesandte Solms die Sache am russischen Hof nicht vorbringen, weil sonst daraus möglicherweise „Weitläufigkeiten“ entstünden, die das beiderseitige Verhältnis belasteten.<sup>78</sup> Hier zeigt sich erneut, wie wichtig Friedrich Ende 1762 ungetrübte Beziehungen zu Petersburg waren. Für ihn kam alles darauf an, bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen mit Österreich und Sachsen den Rücken im Osten frei zu haben. Aus den Unterlagen geht hervor, daß Ende Dezember 1762 der letzte russische Soldat Ostpreußen verlassen hatte. Die Provinz war damit wieder vollständig unter das preußische Zepter zurückgekehrt. Am 22. Februar 1763 wurde in Königsberg offiziell der Hubertusburger Friede, der den Siebenjährigen Krieg beendete, publiziert.<sup>79</sup> Die Freilassung der in Ostpreußen befindlichen österreichischen und sächsischen Kriegsgefangenen zog sich indes bis zum April jenes Jahres hin. Ihre Unterbringung und Verpflegung hatten der Bevölkerung beträchtliche Opfer abverlangt, wie eine Aufstellung der Kriegs- und Domänenkammern Königsberg und Gumbinnen verdeutlicht.<sup>80</sup> Auch die Fouragelieferungen an die wieder in ihre ostpreußischen Garnisonen einrückenden preußischen Regimenter belasteten die Provinz und konnten nur teilweise aus ihren Mitteln getragen werden. Den offenstehenden Rest von rund 540 000 Talern deckte Domhardt durch eine Anleihe bei der Königsberger Kaufmannschaft und den Domänenämtern.<sup>81</sup>

Nach Rückkehr der Provinz an Preußen wurde umgehend die Beseitigung der Kriegsschäden, die geringer als die in den anderen vom Kriege verwüsteten preußischen Gebieten waren, in Angriff genommen. Grundlage für diese Maßnahmen war die Einrichtung eines gut funktionierenden Finanz- und Rechnungswesens, an der Domhardt großen Anteil hatte. Seiner Tätigkeit war es zu verdanken, daß die Kammern alljährlich einen sorgfältig ausgearbeiteten Etat einreichten, „dessen Positionen scharf geprüft und nicht selten einer scharfen Kritik unterzogen wurden“.<sup>82</sup> Er war die Seele des nun einsetzenden Retablissemments der Provinz, das in der Verwirklichung vieler Vorhaben, z. B. dem Bau des großen Johannisburger Kanals, der Entwässerung des Lattana-Bruchs bei Willenberg und der Förderung des Getreide- und Bernsteinhandels, sichtbar wurde. Als großes

77) P. C., Bd. 22, Nr. 14321, 21. 12. 1762.

78) Ebenda, Nr. 14358, 5. 1. 1763.

79) Ostpr. Fol. 14547, Eintrag vom 22. 2. 1763.

80) EM 83 „Kriegssachen“ e, Nr. 249. Allein von der Gumbinnenschen Kriegs- und Domänenkammer wurden zur Verpflegung der österreichischen Kriegsgefangenen 13739 Taler aufgewendet.

81) J o a c h i m (wie Anm. 6), S. 55.

82) Ebenda, S. 71 f.

Hindernis bei der Sanierung der Finanzen erwies sich die Weigerung der russischen Regierung, für Forderungen preußischer Untertanen an die zarische Militärverwaltung während der Okkupationszeit aufzukommen. Viele Petenten gingen leer aus, und nur die hilfsbedürftigsten Gutsbesitzer erhielten eine Entschädigung aus der preußischen Staatskasse. Einen Rückschlag in den Bemühungen Domhardts bedeutete auch der verheerende Brand, dem im November 1764 große Teile Königsbergs zum Opfer fielen. Insgesamt wurden vier Kirchen mit ihren Schulen, das Löbenichtsche Rathaus, das Große Hospital, 49 Speicher und 369 Häuser ein Raub der Flammen.<sup>83</sup> Angesichts dieses Unglücks ist es kaum verwunderlich, daß den Bürgern die Rückzahlung ihrer bei der Königsberger Stipendien-, Zuchthaus- und Arbeitshauskasse zur Deckung der russischen Kriegssteuern aufgenommenen Anleihe — dabei handelte es sich um rund 20 000 Taler — Schwierigkeiten bereitete.<sup>84</sup> In der Abteilung 83 „Kriegssachen“ des Etatsministeriums Königsberg liegen zwei umfangreiche Akten, die über die komplizierte Abwicklung dieses langwierigen Geschäfts Aufschluß geben, aus den Jahren 1765 bis 1773 vor.<sup>85</sup> Die Sache wurde zunächst dem Tribunal- und Pupillenrat Ohlius übertragen, dessen Klagen über die Säumigkeit der Bürger sich wie ein roter Faden durch die Akten ziehen. Als weiterer Nachteil erwies sich, daß die Königsberger auch den Kontributionsrest von Allenburg wegen der gänzlichen Zahlungsunfähigkeit dieser Landstadt mitübernehmen mußten. Weil es Ohlius nicht gelang, diesen schwierigen Auftrag im Sinne des Königs durchzuführen, beauftragte Friedrich im April 1769 den Geheimen Justizrat von Keith mit der Regulierung der Angelegenheit.<sup>86</sup> Er hatte vor allem Kompetenzstreitigkeiten mit den Bevollmächtigten der Kriegs- und Domänenkammern zu vermeiden, die sich zuvor hinderlich auf den Fortgang des Geschäfts ausgewirkt hatten. Die Sache wurde auch dadurch erschwert, daß einige Bürger unter Hinweis auf ihre Privilegien die Zahlung verweigerten. Friedrich der Große sah sich daher im August 1771 genötigt, die Akzise-Offizianten zur Leistung ihres Personal-Service-Satzes „gleich den übrigen Offizianten“ anzuhalten.<sup>87</sup> Trotz der scharfen Order des Königs mußte jedoch Keith Anfang 1772 berichten, daß noch immer „viele hiesige Einwohner ihre obgleich mehrentheils nur sehr geringe Contingente“ allen „Monitoria“ zum Trotz nicht geleistet hatten. Obwohl daraufhin nun zu einer rigorosen Eintreibung der Schulden geschritten wurde, dauerte es noch mehrere Monate, bis endlich im September 1773 die ganze Angelegenheit abgeschlossen werden konnte. An diesem Beispiel wird sichtbar, wie lange die Folgen der russischen Besetzung in Ostpreußen noch spürbar waren. Hinzu kam die in der Okkupationszeit erfolgte rapide Münzverschlechterung, deren Auswirkung erst

83) G a u s e (wie Anm. 10), S. 168.

84) EM 83e, Nr. 250, „Nachweisung von denen von der Stadt Königsberg während dem letzten Kriege aufgenommenen Capitalien und rückständigen Interessen“.

85) EM 83e, Nr. 250/251.

86) EM 83e, Nr. 250, 10. 4. 1769.

87) EM 83e, Nr. 251, 8. 8. 1771.

langsam behoben werden konnte.<sup>88</sup> Als vorteilhaft für den nach dem Siebenjährigen Krieg konsequent verfolgten Wiederaufbau der Provinz erwies sich, daß der König in den folgenden Jahren Domhardt auf seinen einflußreichen Posten — er war Präsident von beiden ostpreußischen Kriegs- und Domänenkammern — beließ und ihm uneingeschränktes Vertrauen entgegenbrachte. Wie Erich J o a c h i m in seiner Domhardt-Biographie schreibt, berief Friedrich den Kammerpräsidenten im Mai 1764 zu einer persönlichen Aussprache nach Sanssouci und verehrte ihm dort einen seiner berühmten Krückstöcke.<sup>89</sup> Am 19. Juli 1771 erhob er ihn in den Adelsstand und verlieh ihm ein Roß und eine Garbe im Wappen, weil er in der Russenzeit dem König sein Gestüt Trakehnen gerettet und sich um die Pferdezucht und die Landwirtschaft verdient gemacht hatte.<sup>90</sup> Nach der Ersten Teilung Polens wurden ihm mit der Ernennung zum Oberpräsidenten sämtlicher ost- und westpreußischer Kammern noch weitergehende Befugnisse übertragen. Ein sichtbares Zeichen von Domhardts Tätigkeit in Ostpreußen war neben der Förderung von Handel und Gewerbe vor allem die Verbesserung des Getreideanbaus, wodurch die Provinz zu einer Kornkammer Preußens wurde.

Läßt man einmal die aus der Russenzeit herrührenden finanziellen Belastungen außer acht, so muß man feststellen, daß die während der Okkupation entstandenen Kriegsschäden verhältnismäßig schnell überwunden waren. Wie schon erwähnt, hatten die Russen Ostpreußen ziemlich glimpflich behandelt und die innere Verwaltung der Provinz im wesentlichen unangetastet gelassen. Die von ihnen vorgenommenen Veränderungen berührten im allgemeinen nur die Oberfläche und hatten keinen tiefgreifenden Wandel der Verhältnisse zur Folge. Für die russische Politik spielten bei der Inbesitznahme Ostpreußens weniger nationale Erwägungen — diese standen dem Zeitalter der Kabinettpolitik fern — als der Gesichtspunkt, die eroberte Provinz als Faustpfand zu benutzen, eine Rolle. Die unter der Fremdherrschaft beibehaltenen überkommenen Verwaltungsstrukturen ermöglichten es, daß sich die Rückgabe der Provinz an Preußen im Jahre 1762 ohne Bruch vollzog. Es brauchten keine bestehenden Behörden aufgelöst und keine neuen geschaffen zu werden. Lediglich die russischen Hoheitszeichen wurden durch preußische ersetzt. Auch die Amtssprache mußte nicht verändert werden, weil diese zur Zeit der russischen Okkupation deutsch gewesen war. Der reibungslose Übergang des Landes an seinen früheren Herrn verdeutlicht sich auch darin, daß — von wenigen Ausnahmen abgesehen — die von den Russen ernannten und beförderten Beamten — eine Liste nennt hier für die Zeit von Januar 1760 bis Juni 1762 423 Namen<sup>91</sup> — in ihren Positionen belassen wurden. Ein solcher Prozeß

88) Zur Münzverschlechterung in Ostpreußen während des Siebenjährigen Krieges vgl. J o a c h i m (wie Anm. 6), S. 56 ff.

89) Ebenda, S. 79 f.

90) v a n B a r e n (wie Anm. 20), S. 212.

91) EM 52, 2 kk „Ungarn, Böhmen, Walachei, Türkei“, Nr. 28, „Consignation der Personen, so unter der Russisch Kayserlichen Regierung zu vacanten Bedienungen in Preussen befördert und bestätigt worden“.

wäre im Zeitalter des Nationalismus sicher undenkbar gewesen. Belastender als die russische Herrschaft selbst wirkte sich die lange Anwesenheit der russischen Truppen in der Provinz aus. Auch nach ihrer Wiederinbesitznahme durch Preußen standen sie noch im Lande und verzögerten auf alle nur erdenkliche Weise ihren Abzug. Erst als der letzte russische Soldat mehrere Monate nach dem offiziellen Friedensschluß Ostpreußen endlich verlassen hatte, konnte der König seiner Provinz sicher sein.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Jahre der russischen Besetzung Ostpreußens bemerkenswert wenige Spuren hinterlassen haben. Sie stellten mit Sicherheit einen weitaus geringeren Einschnitt in die Geschichte als die in Flucht und Vertreibung gipfelnden Kriege unserer Zeit dar. Dennoch wurde auch die russische Okkupation Ostpreußens im Siebenjährigen Krieg von manchen Zeitgenossen, die sich ihrem angestammten Herrscherhaus verbunden fühlten, als große Belastung empfunden. Die vom Großen König ohne Bruch vollzogene Wiedereingliederung Ostpreußens in seinen Staat ließ in der Folgezeit die Phase der russischen Herrschaft schnell als Episode erscheinen, wozu auch die verbesserten Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg beitrugen. Sie geriet bei den nachfolgenden Generationen weitgehend in Vergessenheit und wurde auch von den Historikern bisher nur unvollkommen behandelt.<sup>92</sup> Um so wichtiger erscheint es, daß einmal die Geschichte Ostpreußens im Siebenjährigen Krieg anhand der Akten betrachtet wird. Die vorliegende Untersuchung stellt dazu einen ersten Schritt dar.

### A n h a n g

Verzeichnis der im Bezirk des Neuhausener Justikollégiums gelegenen Adelsgüter, die im Jahre 1762 zu den Deputationskosten nach St. Petersburg beitragen mußten<sup>93</sup>

Name des Guts	Besitzer	Wert des Guts (in Tlرن.)	Beitrag zu den Deputationskosten (in Tlرن.)
I. Hauptamt Schaaken			
Groß Drostén, Klein Drostén, Zeith	Hofgerichtsrätin Fehr und ihre Kinder	15000	25
Trömpau	Majorin von Buddenbrock	13000	22
Schulkeim, Thiemsdorf, Wanghusen	Generalmajor Carl Gott- fried von Knobloch	11333	19

92) Bisher liegt nur die Dissertation von Georg von Frantzius vor, die allerdings viele wesentliche Aspekte außer acht läßt.

93) EM 97a, Nr. 10.

Name des Guts	Besitzer	Wert des Guts (in Tlrn.)	Beitrag zu den Deputationskosten (in Tlrn.)
Kirschnehen, Nadrau, Lengitten, Ringels, Dolkam, Parchwitz, Aulenkrug	Landrat von Tettau	14833	24
Crumteich	Kapitänin von Hausen	3627	6
Miggeburg	Johann Jacob Schusterus	2667	4
Pluttwinnen, Gerstehnen, Rudau	Herr von Kanitz	28000	47
Eisselbitten	Verwitwete Frau von der Goltz	4333	7
Perkappen	Tribunalrat Mascowius	7333	12
Wesselshöfen, Germehnen	Baron von Schrötter	31333	52
Hermeninken	Generalleutnant von Schorlemer	6000	10
Mednicken, Bucksehnen, Mühlenfeld, Pilzenkrug	Kammerherr Freiherr von Canitz in Sachsen	20000	33
Hollstein	Herzogin von Holstein	15000	25
Stenken, Sarkenkrug, Uderwalde	Major von Hirsch	10883	18
Rienau, Kingitten	Frau des Geheimen Sekretärs Lübeck	13766	23
Wargelitten	Tribunalrat Machenau	5000	8
Prassnicken, Waldhausen, Wernershof	Von Wernersche Erben	14333	24
Goldschmiede, Unter Alkehnen	Tribunalrat von Auer	11000	18

Name des Guts	Besitzer	Wert des Guts (in Tlnr.)	Beitrag zu den Deputationskosten (in Tlnr.)
Fuchsberg, Freudenthal	Dessen Gemahlin	6666	11
Laserkeim	Dorothea von Löllhöffel	2800	5
Sperlings, Sprittlauken	Witwe des Hausvogts Adam	7000	12
Ober Alkehnen, Schlesiershöfen	Oberst Stach von Goltzheim	12000	20
Sudnicken, Regitten, Kirschappen	Fräulein von Kalnein	20000	33
Perwissau	Verw. Hofjägerin Biesoldt	4000	7
Rogehnen, Rockelkeim	Kommerzienrat Krittling	12735	21
Wolfshöfen	Fünf Geschwister von Ostau	4200	7
Dommelkeim	Kapitän von Kollas	5143	9
Wilgesthen	Herr von Montout	4666	8
Maldeuten, Rudau, Kernsee, Wittehnen, Tiedtken, Jaglauken, Friedrichs- walde, Michelau, Eckitten	Witwe des Oberburggrafen von Kunheim	28373	47
Taukitten	Verwitwete Frau von Schorsee	4593	8
Commau	Frau Pupillenrat Wegner	3666	6
Galgarben	Herr von der Meylen	2333	4
Sallecken	Drei Geschwister von Hausen	4833	8
Quanditten, Taplacken, Dellgien	Bugenhagensche Erben	12000	20

Name des Guts	Besitzer	Wert des Guts (in Tlرن.)	Beitrag zu den Deputationskosten (in Tlرن.)
Wartnicken, Obrotten	Kriegsrat Stolterfoth	9433	16
Powarben, Molsehlen, Blostau, Schugsten	Leutnant von Hausen	15966	27
Görken	Witwe des Leutnants von Tippelskirch	6666	11
Wissritten	Verwitwete Frau von Goetz	1333	2
Regitten, Klein Lehden	Generalfeldmarschall von Lehwaldt	12338	20
Trenck, Katzenblick, Sageiten, Strittkeim	Dessen Gemahlin	8000	13
Meyken, Mircklauken	Herr von der Trenck	5000	8
Sporwitten	Kapitän von Derschau	1833	3
Metgethen, Franckwitz- höfen, Rablacken	Verw. Obristin von Röder	20000	33
Wargenau, Kunterhof	Legationsrat von Korff	ohne Wertangabe	
Landkeim, Groß Lehden, Strittkeim, Greibau	Verw. Gräfin von Lehndorff	10333	17
Warschkitten	Michel Böhm	400	1/2
Pr. Höfen	Minuth	800	1
Barsnicken	Kapitänin von Buddenbrock	6666	11
Prowehnen, Gallhöfen	Fräulein Sophia von Hofen	8100	13

Name des Guts	Besitzer	Wert des Guts (in Tlnr.)	Beitrag zu den Deputationskosten (in Tlnr.)
---------------	----------	-----------------------------	---

Barrücken	Major von Cordes	5666	9
Corniethen, Korkehnen	Oberstleutnant von Hirsch	7633	12
Mischen, Zielkeim, Perkuiken, Backelfeldt	Verw. Obristin von Flörcke	18000	30

## II. Hauptamt Fischhausen

Bledau, Nuskern, Wiskiauten, Wasigau, Wengienen, Wiekau, Korben, Mohenen	Legationsrat von Korff	48333	80
Gaffken, Damerau	Kapitän von Auer	12000	20
Nopkeim, Jaglauken, Linkau	Leutnant von Auer	8000	13
Linkau	Verw. Majorin von Gottentow	4866	8
Polennen	Kapitän von Racul	6000	10
Sacherau	Herr von Auer	5000	8
Bersenicken	Leutnant von Mohr	5100	8
Cathrinhöfen	Negoziant Kade	4666	8
Mednau, Richthof, Schwitten	Oberst Stach von Goltzheim	12000	20
Corniethen, Parschienen, Kleinheyde, Parpadien	Frau Oberburggräfin von Kunheim	11000	18

Name des Guts	Besitzer	Wert des Guts (in Tlrn.)	Beitrag zu den Deputationskosten (in Tlrn.)
Schreitlacken, Norgehnen, Medlauken	Leutnant von Kunheim	15 500	26
Pomehnen	Gebrüder von Perbandt	12 000	20
Gauten, Corgeithen	Kriegsrätin von Wegner	16 333	27
Schugsten, Gerlauken	Steuerrat Magirus	7 000	12
Kanten	Oberstleutnant v. Taubenheim	3 333	5
Kallen, Kompehnen	Polnischer Landrichter von Krockau	12 000	20
Thierenberg, Markehnen, Baerholtz	Leutnant von Montout	16 000	27
Sickenhöfen, Warehnen	Oberst von Taube	11 500	19
Condehnen, Lindenau, Polennen, Elendskrug	Herzogin von Holstein-Beck	25 000	42
Pollwitten	Oberst von Aweyde	6 550	11
Linkau	Christoph Mühlke	1 333	2
Powayen, Mossehnen	Gebrüder von Rosenberg	19 400	32

## III. Hauptamt Labiau

Kapstucken, Reisendorf	Verw. Obristin von der Trenck	2 666	4
Groß Scharlack, Schakauglack	Herr von der Trenck	13 183	22
Klein Scharlack, Kammerlack, Bublack	Burggraf Trossien	5 000	8

Name des Guts	Besitzer	Wert des Guts (in Tlnr.)	Beitrag zu den Deputationskosten (in Tlnr.)
Paddeim, Leischkidde	Verw. Obristin von Gaudi	6666	11
Legitten	Erben des Amtrats Posser	1666	3
Pareyken, Tactau	Verw. Oberstleutnantin Rossius	3333	6
Perpolken	Herr von Hirsch	2666	4
Perkuiken, Adamswalde, Radau	Gebrüder von Borck	8000	13
Gründen, Grüblauken	Oberstleutnant von Schafstädt	9000	15
Bärwalde	Erben des Landjäger- meisters Carl Truchseß zu Waldburg	21000	35
Christoplack	Hofgerichtsregistrator Charisius	1666	3
IV. Hauptamt Neuhausen			
Quednau, Matzkahlen	Verw. Oberburggräfin von Kunheim	6833	11
Liepe	Gebrüder von der Groeben	16666	28
Wange, Absintkeim	Rittmeister Baron von Heidekampff	16000	27
Linken, Littersdorf	Verw. Hofrätin Stritzel	8000	13
Prassnicken	Leutnant von Bürstel	7500	13
Fuchshöfen, Koggen, Ramstau, Friedrichs- walde, Spohn, Stangen, Norgehnen, Ganskrug	Baronesse von Fuchs	34100	57

Name des Guts	Besitzer	Wert des Guts (in Tlrm.)	Beitrag zu den Deputationskosten (in Tlrm.)
Gehlblum	Kadjien	483	1
Ludau	Tribunalrat von Werner	5000	8
Fürstenwalde	Professor Medicinae Hartmann	2333	4
Poduhren, Mantau	Verw. Kapitänin von Tettau	9000	15
Wangnicken	Akademie in Königsberg	267	1/2
Kuggen	Gebrüder von Wegner	2666	4
Beydritten, Samitten	Oberstleutnant von Pröck	22000	37
Maraunen, Quednau	Magistrat zu Königsberg	5000	8
Gamsau, Spitzings, Fünflinden	Oberst Graf von Dönhoff	16000	27
Pr. Arnau	Etatsminister von Tettau	8000	13
V. Hauptamt Tapiau			
Leschienen, Lehden	Rittmeister von Wegner	13200	22
Plauen, Dettmitten	Verw. Frau von der Goltz	10000	17
Bamblen	Kapitän von Wagner	4050	7
Auglitten, Althof, Angarben	Geschwister Schimmel- pfenning	13332	22
Bärenbruch	Rat Meltzer	3000	5
Ripkeim, Colmen, Nehnen	Kapitänin von Buddenbrock	15977	26

Name des Guts	Besitzer	Wert des Guts (in Tlرن.)	Beitrag zu den Deputationskosten (in Tlرن.)
Wohnsdorf, Herrendorf, Krügerwalde, Schutritten	Baron von Schrötter	13400	22
Kloschehnen, Kupitten	Verw. Oberburggräfin von Kunheim	9000	15
Groß Neumühl, Klein Neumühl, Kautern, Schönbaum, Ernstwalde, Auen	Oberstleutnant von Buddenbrock	58520	97
Köwe	Amtmann Pantzer	4000	7
Pomedien	Doctor Medicinae Ramdor	7333	12
Trimmau	Fräulein von Tettau	8403	14
Kukehnen	Oberstleutnant von Tettau	2100	3
Genslack	Kapitän von Reichmeister	5666	9
Garbenicken	Herr von Meyrentz	5000	8
Proyen, Damerau, Auen, Albrechtsfeld	Oberst von Polentz	8333	14
Wommen, Karschau, Plaustendorf, Eulenkruغ, Kampenbruch, Kunhofenbruch	Präsident Baron von Dühren	10000	17
Bonslack, Kirkenau	Verw. Rittmeisterin von Plathen	8666	14
Sanditten, Milchhube, Schabenu, Zangen, Pelohnen, Bunnerswalde,	Leopold Graf von Schlieben	62000	103

Name des Guts	Besitzer	Wert des Guts (in Tlrn.)	Beitrag zu den Deputationskosten (in Tlrn.)
Oppen, Götzenbruch, Weitlau, Rockelkeim, Richau, Grünwalde			
Groß Kuglack	Verw. Amtmännin Neumann	5087	8
Pogirben, Popehnen	Major von Wallenrodt	10666	18
Auen	Die Wehlauer Stadtkämmerei	7500	12
Damerau, Piothen, Puschdorf, Stablacken	Leopold Friedrich Franz, regierender Fürst zu Anhalt	19000	32
Kuglack, Jacobsdorf	Die Winterfeldschen Erben	16133	27
Parnehenen, Kawerninken, Trakischken, Ramten	Oberstleutnant von Röder	9000	15
Popelken, Behlacken, Biothen	Die Schliebenschchen Erben	13000	22
Willkienen, Ingelaiken, Barthen	Graf von Wallenrodt	13000	22
Eichen, Bielauken	Major von Katt	8000	13
Stankenberg, Linkehnen, Kappkeim	Kapitän von Drost	36000	60
Damerau	Oberst von Wegner	1166	2
Friedrichstein, Friedrichsberg, Reichenhagen, Löwenhagen, Horst,	Oberst Graf von Dönhoff	108000	180

Name des Guts	Besitzer	Wert des Guts (in Tlرن.)	Beitrag zu den Deputationskosten (in Tlرن.)
Seewiesen, Kl. Barthen, Regierswalde, Rothengarten, Worienen, Seewalde, Schäferei, Ellerwalde, Sandt, Groß Eiserwagen, Klein Eiserwagen, Damerau, Vierhuben, Reichau, Wittenberg, Schönrade			
Langendorf, Glücklacken, Schiewenau, Podewitten	Herr von Perbandt	20000	33
Podollen, Schalwen, Cremitten, Schiewenau, Langendorf	Herr von Grotthusen	10000	17
Kortmedien	Von Buddenbrocksche Erben	8000	13
Hohenfelde	Kapitän von Collrepp	7383	12

## Summary

*The Return of East Prussia to Prussia by the Russians in 1762*

The Russian occupation of East Prussia left remarkably few traces. It largely fell into oblivion in the following generations and only defectively was dealt with also by historians till now. The more important it seems to deal with the history of East Prussia in the Seven Years' War on the basis of records.

With the entry of the empire of the Tsar into the alliance which was directed against Prussia in the beginning of February 1757, the Russian side did not intend to keep definitely East Prussia. They rather wished to leave this region to Poland in exchange for the Duchy of Courland; here the intention was relevant to create a comfortable trade-route from the Black Sea to the Baltic Sea through Russian territory. Thus after the occupation of the Province by the Russians in January 1758, the East-Prussian population had to pay homage to Tsarina Elizabeth, but in fact it was only intended by this that the Russian reign was protected from possible hostile actions against the occupants by the inhabitants living there. In literature, the authors agreed in calling the Russian reign in East Prussia relatively mild. The Prussian authorities were put under Russian supervision, but could continue performing their functions. With good reasons, the death of Tsarina Elizabeth and the accession to the throne of her nephew Peter III were described as decisive events of the Seven Years' War in historical research. The latter, a passionate admirer of Frederick the Great, tried to regain his ancestral lands of Gottdorf with Frederick's help, and made peace and formed an alliance with Prussia. In East Prussia, Peter's accession left everything as it was for some time. The Province paid homage to the new emperor and sent a deputation to St Petersburg, which was to occasion an easement of the burdens of war, above all the contributions and money for recruits. The costs of deputations had to be paid by the *Kriegs- und Domänenkammern* (war and domain chambers) (two thirds) and by the East-Prussian nobility (one third). In the appendix of this contribution, a list of the estates owned by aristocrats is published, which were situated in the district of the *Justizkollegium* (legal council) of Neuhaus and had to contribute to these deputation costs in 1762. In spite of all agreements, the retreat of the Russians from the Province was realized only sluggishly and completely came to a standstill after Catherine's II accession, who cancelled the alliance her husband had formed with Prussia. Only on 6 August 1762, by order of the Tsarina the Russian Governor Voejkov issued a manifesto in which East Prussia again was put under the Prussian king's rule. But in spite of this declaration, the evacuation of the Province by the Russians dragged out till the end of 1762. Chamber President Domhardt who later was knighted in recognition of his successful activity, deserved well of the removal of war-damages in East Prussia.